



Presseinformation

Nr. 484/2010

Kiel, Freitag, 17. Dezember 2010

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Ausbildung

Christopher Vogt: An einigen Stellen besteht noch Verbesserungsbedarf

In seiner Rede zu **TOP 39 und 40** (Ausbildung in Schleswig-Holstein) sagte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Christopher Vogt**:

„Der kürzlich vorgestellte Ausbildungsreport des DGB Nord und der Landesschülervertretung der Beruflichen Schulen hat gezeigt, dass die große Mehrheit der Auszubildenden in Schleswig-Holstein mit der Ausbildungssituation zufrieden ist. Das ist zunächst einmal ein Erfolg für die vielen mittelständischen Unternehmen in unserem Land, die junge Menschen ausbilden und da sehr gute Arbeit leisten. Das ‚Bündnis für Ausbildung‘ ist in Schleswig-Holstein sehr erfolgreich. Die Zahl der Ausbildungsplätze steigt und es gibt bei uns erfreulicherweise mehr Ausbildungsplätze als Bewerber, was in den meisten anderen Bundesländern nicht der Fall ist. An dieser Stelle möchte ich einmal betonen, dass ich es sehr bedauerlich finde, dass sich der DGB am ‚Bündnis für Ausbildung‘ nicht beteiligen möchte.

Man muss bei den Ergebnissen des Ausbildungsreports aber auch feststellen, dass die umfangreiche Befragung aufzeigt, dass an einigen Stellen noch Verbesserungsbedarf besteht. Besonders auffällig und auch besorgniserregend sind die Ergebnisse aus dem Hotel- und Gaststättengewerbe, dem in Schleswig-Holstein ja eine wirklich große Bedeutung zukommt. Es ist zwar nicht wirklich überraschend, dass in diesem Bereich generell viele Überstunden geleistet werden und dass das Lohnniveau auch verhältnismäßig niedrig ist, aber die Zahlen aus dem Ausbildungsreport sind schon deutlich.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Stellvertretende Vorsitzende

Günther Hildebrand, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Wir haben es hier bei anderen Anlässen schon oft thematisiert, dass wir in einen extremen Fachkräftemangel hineinsteuern. Deshalb können wir es uns auch nicht leisten, dass junge Menschen bereits in der Ausbildung demotiviert werden oder ohne Berufsabschluss ins Berufsleben gehen und dann später Probleme auf dem Arbeitsmarkt haben. Bei den Kritikpunkten der unzufriedenen Auszubildenden wurde neben der schlechten Bezahlung und den vielen Überstunden ja auch nicht selten eine mangelnde Wissensvermittlung in der praktischen Ausbildung in den Unternehmen genannt, was vor allem die Unternehmen und die zuständigen Kammern nachdenklich stimmen sollte. Generell kann man aber sagen, dass es keinen Grund zur Sorge dafür gibt, dass die Überwachungsmechanismen bei den Kammern nicht funktionieren würden.

Was beim Thema Ausbildung und der Verantwortlichkeit der Politik aus meiner Sicht nicht ungenannt bleiben sollte, ist die leider oft mangelnde Ausbildungsreife vieler junger Menschen. Dies stellt ein wirklich großes Problem dar und der Ausbildungsreport lässt es ebenfalls nicht unerwähnt. Der DGB Nord meint zwar, dass die mangelnde Ausbildungsreife der Bewerber so eine Art ‚Ausrede‘ von Unternehmen sei. Das sehe ich völlig anders und ich möchte betonen, dass es bei dieser Diskussion ja nicht darum geht, die jungen Menschen zu diskreditieren, sondern vielmehr darum, tatsächlich bestehende Probleme zu benennen. Es ist ja schließlich nicht sehr motivierend für einen jungen Menschen, wenn er trotz Schulabschluss so mangelhafte Mathematik- oder andere Kenntnisse hat, dass am Ende der Ausbildung die theoretische Prüfung in der Berufsschule nicht bestanden werden kann. Es geht hierbei jedoch nicht nur um Kompetenzen im sprachlichen und mathematischen Bereich, sondern auch um soziale Kompetenzen. Hier brauchen wir aus meiner Sicht eine noch stärkere ressortübergreifende und gesellschaftliche Zusammenarbeit, um dieses Problem zu verringern.

Zum Antrag der SPD, der ja insgesamt eher dünn daherkommt: Ihre Hauptforderung ist ja die nach einer Einführung einer Integrierten Ausbildungsstatistik. Bereits die Wirtschaftsministerkonferenz, die am 4. und 5. Juni 2007 in Eisenach getagt hatte, hat beschlossen, das Vorhaben zu unterstützen, mit Hilfe einer Integrierten Ausbildungsstatistik die Länderaktivitäten im Bereich der Erstausbildung und des Übergangssystems Schule-Beruf vollständig und transparent abzubilden. Das zuständige Bundesministerium prüft die Übertragbarkeit des Modells auf den Bund und alle Bundesländer und fördert derzeit zwei entsprechende Projekte, die noch bis Ende des Jahres laufen. Ich bin der Meinung, dass bei diesem Thema bundesweit eng zusammen gearbeitet werden sollte. Dazu gibt es bereits einen vereinbarten gemeinsamen Weg, der nach Beendigung der angesprochenen Projekte fortgeführt werden sollte. Dafür brauchen wir jedoch diesen Antrag nicht und deshalb werden wir ihn auch ablehnen.“